

Arbeit fanden, mit Huren und Verbrechern auf eine Stufe zu stellen?

Man sieht, dass Herr Adelstock und damit der Verfasser rückhaltlose Worte ernstester Kritik findet. Er fordert schliesslich die reichsgesetzliche Organisation eines Arbeiterheeres. Nach seinen Schätzungen zahlt die Gesellschaft amtlich und privat ca. 100 Millionen Mark an jährlicher »Vagabundensteuer« (Almosen etc.). Der zehnte Teil dieser Summe würde ihm genügen, 10000 Menschen Arbeit und Brot zu verschaffen.

Um es kurz zu machen: es gelingt Herrn Adelstock mit der Zeit, den Widerstand der in dieser Frage sehr sorglosen Minister zu überwinden, »die Gesetzgebungsmaschine wurde langsam in Gang gesetzt«, und nach einigen Jahren war auch der Widerstand des Parlaments überwunden. Das »Gesetz über die Errichtung eines Arbeiterheeres zur wirksamen Scheidung und Unterscheidung der Arbeitswilligen von den Arbeitsscheuen und zur Beseitigung der Landstreicherei« trat in Kraft:

»§ 3. Heerespflichtig ist jeder ledige Mann, der ohne eine feste Wohnung zu haben, die öffentliche oder private Mildthätigkeit in Anspruch nimmt. Wer keine Arbeit und keine Mittel hat, muss sich bei dem nächsten Zweigamt des Reichsarbeitsamtes melden. Hier bekommt er ohne weiteres eine Anweisung zur Arbeit, entweder bei privaten Unternehmern oder im Arbeiterheer, entweder am Ort oder in der Ferne.«

»§ 4. Wer bei der Forderung von Almosen betroffen wird, die Asyle mehr als fünf Nächte in Anspruch nimmt oder sonst der Arbeitsscheu sich verdächtig macht, wird dem Arbeiterheer als Gemeiner überwiesen. Im Wiederholungsfalle kann er zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt werden.«

»§ 6. Wer sich freiwillig gemeldet hat, kann jederzeit freiwillig aus dem Arbeiterheer austreten...«

»§ 7. jeder Ueberwiesene dagegen hat mindestens drei Monate auszuhalten.«

»§ 12. Für verheiratete ansässige Arbeitslose sind in jedem Orte Notstandsarbeiten bereit zu halten.«

»§ 13. Die Arbeitgeber jeder Art haben bei Vermeidung einer sich mit der Zahl der Fälle steigenden Ordnungsstrafe alle freien Arbeitsstellen dem nächstgelegenen Zweigamt sofort zu melden.«

Herr Adelstock übernahm als Höchstkommandierender die Leitung des Arbeiterheeres. »Die überaus praktische und kleidsame Uniform bestand im wesentlichen aus einer blauen Litewka mit eingewebten weissen Rändern. Ein weisses Feld auf der Brust zeigte den eingeschriebenen Namen und Rang des Trägers.« (!)

Jeder Mann erhielt 10 Mark Wochenlohn und freie Schlafstelle; die Chargierten höhere Löhnung. Vergehen werden mit Geldstrafen, Ungehorsam, Arbeitsverweigerung in Wiederholungsfällen mit — lebenslänglicher Zwangsarbeit bestraft! Die Einführung von Schnaps oder Bier in die abgeschlossenen Reviere des Arbeiterheeres ist streng verboten; die Weiblichkeit ist verpönt; das Heiraten nur den Höher-Chargierten gestattet.

Unter den ersten Freiwilligen findet sich auch Rudolf Westmark wieder. Bei den günstigen Bedingungen dieser Arbeitssoldaten ist es ihm natürlich eine Kleinigkeit, in wenigen Jahren 1500 Mark zu sparen und — er ist inzwischen im Range aufgestiegen — die hübsche Wirtstochter aus der Lüneburger Haide, in dieser arbeitet er, heimzuführen. Alles geht, wie man sieht, nach Wunsch und im Schlusskapitel kann uns der Verfasser ein »Halbjahrhundertfest« vorführen — fünfzig Jahre sind vergangen —, auf dem Herrn Adelstock ein Denkmal geweiht wird. Der dann herrschende junge Kaiser ist anwesend und hält eine Rede. Darin heisst es u. a.:

»Jedermann erfreut sich der Zufriedenheit! Wohlsein und Glück wohnen im ganzen Lande! Zerbrochen sind die finsternen Pläne der Missvergnügten, verweht der Hass der Untreuen,

erstarkt die Hoffnung der Treuen, gestärkt die Liebe zwischen Fürst und Volk!«

Und so weiter.

Rudolf Westmark, der ehemalige »Pennbruder«, ist jetzt ehrwürdiger Amtsvorsteher von Adelstockdorf und erhält — »keines Wortes mächtig vor Dank und Freude — einen Orden in's Knopfloch...

... Im grossen Gemeindesaal wurde ein glänzendes Bankett gefeiert und die Söhne des Arbeiterheeres erzählten von den Segnungen der umsichtig geregelten Arbeit im ganzen Lande. —

In dem vorstehend kurz skizzierten Buche heisst es einmal aus dem Munde von an das Arbeiterheer überwiesenen Obdachlosen: »Det Dämlichste an den Jesetz is det Lebenslängliche — die wiederholt angedrohte Zwangsarbeit auf Lebenszeit nämlich. Und in der That: es ist äusserst charakteristisch für diese — auch von anderen propagierte — weitgehende Reformbestrebung (und nicht nur für diese), sowie auch für den der evangelisch-sozialen Richtung angehörenden Autor, dass sie sich eine Beglückung der untersten Volksschichten nur mit der Sklaventeitsche in der Hand vorstellen können! Man denke: der Staat, der das Dasein der rentengesegneten Staatsbürger mit keinerlei Einspruch bedroht, der Staat, der die wildeste Vergeudung ungeheurer Vermögen ungeahndet hingehen lässt, dieser »Vater Staat« soll den armen arbeitslosen Teufel, der sich weigert, für zehn Mark wöchentlich die Lüneburger Haide zu kultivieren, rettungslos zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verdonnern! ... Alle Achtung!!

In einem früher erschienenen Buche »Obdachlos« (im gleichen Verlage, Preis 2,— Mk.) hat derselbe Verfasser Beispiel auf Beispiel unverschuldeter Arbeitslosigkeit erbracht; er hat erschütternde Bilder aus dem Elendsleben der Ärmsten, von der »Walze« und aus den Tiefen der Grossstadt, entrollt — und das Resultat seiner tiefen Einblicke in den Jammer unserer unarmherzigen menschlichen Gesellschaft ist jener Plan, die Opfer in die militärische Zwangsjacke der sozialen Heilsarmee zu pressen! — Ob es ihm niemals eingefallen ist, welche prächtige Illustration er als Gegner der modernen Arbeiterbewegung damit zu den Prophezeiungen vom — »sozialdemokratischen Zuchthausstaat« geliefert hat?!

Wir verzichten auf eine Kritik von Einzelheiten, wobei hervorgehoben sei, dass in dem Gedanken der Urbarmachung von Oedländereien gewiss ein berechtigter Kern steckt. Aber nach dem Rezept Liebich's möchten wir ihn nicht ausgewachsen sehen. Bei dem vom Verfasser im Vorwort selbst konstatierten »Widerwillen der Machthaber gegen durchgreifende Massnahmen« ist ja auch eine baldige Realisierung des Projektes nicht zu befürchten, trotzdem die Kasernierung des Elends der »guten Gesellschaft« vielleicht ganz erwünscht wäre.

Der Wert solcher Arbeiten, wie der hier erwähnten besteht in der wahrheitsgemässen Schilderung der Notlage breiter Schichten und in der dadurch immer mehr geförderten Erkenntnis von der Notwendigkeit umfassender staatlicher Massregeln, sowie in der energischen Forderung solcher überhaupt. Wie dieselben im Ernstfalle zu gestalten sind, darüber werden sich im gegebenen Falle auch die Nächstbeteiligten — und das sind die Arbeiter — ein Wörtlein mitzureden erlauben. P.

Vierter internationaler Kongress der Lithographen, Steindruckere und Berufsgenossen.

(Vorläufiger Bericht. Die Veröffentlichung des ausführlichen Protokolls erfolgt später.)

F. H. In dem festlich geschmückten Saale des Gewerkschaftshauses zu Berlin trat am Sonnabend, den 16. August der IV. internationale Kongress der Lithographen, Steindruckere und Berufsgenossen zusammen. Hatten die früheren internationalen Kongresse in London, Bern und Paris den Zweck, zunächst einmal vorbereitend zu wirken, die Solidarität das Einigende des Berufs zur Erkenntnis zu bringen, so galt es dieses Mal eine Reihe praktischer Organisationsfragen zu erörtern, die Thätigkeit der internationalen Organisation zu besprechen und über weitere Aufgaben derselben zu beraten.

Die Verhandlungen wurden mit einer kurzen Begrüssungsansprache durch Borisch-Berlin eröffnet, der die erschienenen Delegierten im Namen der Berliner Kollegen herzlich willkommen heisst. Freilich von nationalen Vorurteilen werde dieser Kongress die in früheren Jahren begonnenen Arbeiten fortsetzen zum Wohle aller Berufsgenossen.

Als Präsident wird C. D. Kelley, als Vice-Präsident O. Sillier-Berlin gewählt. Nach kurzer Debatte über die aufgestellte Geschäftsordnung, die mit einigen kleinen Änderungen angenommen wird, erfolgt die Prüfung der Mandate durch das Bureau des Kongresses.

Wie der Sekretär des internationalen Bureaus, Harrap, berichtet, sind auf dem Kongress durch ordnungsmässig ausgestellte Mandate vertreten:

Die deutsche Organisation (Delegierter Sillier, Borisch, Sahn, Tischendorf) 7133 Mitglieder.

Die englischen Organisationen (Delegierte Sproat, Barnes, Douglas, Schofield, Palace) 5810 Mitglieder.

Die französische Organisation (Delegierter Pascal, Courmont) 2100 Mitglieder.

Die österreich-ungarische Organisation (Delegierter Mühlberger) 1730 Mitglieder.

Die italienische Organisation (Delegierter R. Colombo) 976 Mitglieder.

Die Schweizer Organisation (Delegierter W. Schmid) 330 Mitglieder.

Die dänische Organisation (Delegierter Henriksen) 193 Mitglieder.

Die belgische Organisation, die ihren Beitrag für das internationale Sekretariat noch nicht entrichtet hat, ist durch van Enst vertreten. Der Kongress erklärt sich nach dem Vorschlage des Bureaus damit einverstanden, dass der belgische Delegierte an den Verhandlungen teilnimmt, jedoch kein Stimmrecht hat.

Das Stimmenverhältnis stellt sich danach folgendermassen:

Deutsche Delegation 72 Stimmen.

Englische Delegation 60 Stimmen.

Französische Delegation 21 Stimmen.

Oesterreich-ungarische Delegation 18 Stimmen.

Italienische Delegation 10 Stimmen.

Schweizer Delegation 4 Stimmen.

Dänische Delegation 2 Stimmen.

Bei der sich daran anschliessenden Debatte über jeden neuen oder möglichen Beitritt zum internationalen Sekretariat, giebt van Enst die Erklärung ab, dass er nach seiner Rückkehr in Brüssel bei der belgischen Organisation den Antrag stellen wird, sich dem internationalen Sekretariat anzuschliessen. Es sei kein Zweifel, dass diesem Antrage stattgegeben wird.

Auf eine Anfrage von Pascal-Paris, ob und welche Schritte gethan sind, um den Anschluss der amerikanischen Organisationen herbeizuführen, antwortet der Sekretär Harrap, dass es sich bei dem Anschluss der nordamerikanischen Organisationen lediglich um Formfragen handle und es sei zu hoffen, dass der Anschluss erfolgt.

Bevor in die Diskussion über das Finanzwesen eingetreten wird, macht der Vice-Präsident die Mitteilung, dass die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einen Vertreter, Herrn Umbreit, entsandt habe, den Sillier begrüsst und im Namen des Kongresses herzlich willkommen heisst.

Umbreit weist in seiner Antwort darauf hin, dass durch das Anwachsen und den Ausbau der Gewerkschaften die Grundlage für ein gedeihliches Zusammenwirken der Gewerkschaften aller Länder geschaffen sei. Der Redner wünscht den Verhandlungen des Kongresses den besten Erfolg.

Der Präsident dankt Umbreit für sein Erscheinen und giebt zugleich seiner Freude darüber Ausdruck, dass der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation in Deutschland bereits so grosse Ausbreitung erfahren hat.

In der Erledigung der Tagesordnung fortgehend, giebt zunächst der Sekretär Harrap einen kurzen Bericht, in welchem er darauf hinweist, dass die internationale Organisation fortgesetzt an Anerkennung und Bedeutung wächst. Es wäre zu erwägen, ob sich vielleicht ein Weg finden lässt, um einen besseren Austausch der Berichte herbeizuführen.

Pascal-Paris bemängelt, dass das internationale Sekretariat zu selten die Initiative ergriffen hat, um grosse Fragen der gewerkschaftlichen Organisation zu lösen. Ferner sei es unpraktisch, die Nachrichten für die romanischen Länder nach Frankreich zur weiteren Verbreitung zu senden; dadurch entstünden unliebsame Verzögerungen.

Diesen Wünschen und Monitas schliesst sich auch Tischendorf-Berlin im Namen der deutschen Delegation an. Das Sekretariat müsse der Mittelpunkt des internationalen Gedankenaustausches der Berufs-Organisationen sein, was durch Bürokratismus nicht zu erreichen sei.

Colombo-Mailand ist der Ansicht, dass unter den obwaltenden Verhältnissen nicht mehr zu verlangen sei. Es wäre nötig, um alle Aufgaben des Sekretariats zu erledigen, zwei Sekretäre anzustellen.

In der Nachmittagsitzung erhält zunächst der Sekretär Harrap das Wort, um eine eingehende Schilderung der Arbeiten des Sekretariats zu geben. Bei gewerkschaftlichen Fragen die Initiative zu ergreifen, sei Sache der einzelnen Organisationen. Das Sekretariat könne nur ausführen, was ihm von diesen aufgegeben werde. Es müsse vor allem darauf Rücksicht genommen werden, dass die Fonds sehr gering sind. Auch der Präsident hebt hervor,

dass es unmöglich sei bei dem jetzigen Stande, alle die geäußerten Wünsche zu befriedigen.

Es gelangen sodann die finanziellen Beziehungen der deutschen Organisation zum Sekretariat zur Beratung. Hierzu wird nach kurzer Debatte eine von Douglas-England eingebrachte Resolution einstimmig angenommen, in welcher es heisst: »Der Kongress erkennt an, dass die deutsche Organisation in den Jahren 1899 und 1900 infolge der gesetzlichen Bestimmungen nicht in der Lage war, ihre Beiträge zum internationalen Sekretariat zu entrichten. Die deutsche Organisation wird daher von der Zahlung aus dieser Zeit restierender Beiträge befreit. In Zukunft ist es jedoch keiner Organisation gestattet, sich zurückzuziehen, ohne vorher zu kündigen und die laufenden Beiträge bezahlt zu haben.

Begrüßungsschreiben und Telegramme sind eingegangen von der Zentralkommission der Lichtdrucker, Präparateure und Retoucheure Deutschlands, der Fédération Lithographique Française, den Kollegen Sarcinelli und Dreyfus.

Der Präsident machte ferner unter lebhaftem Beifall die Mitteilung, dass das Exekutive-Comité beschlossen hat, am Denkmal Senefelders einen Kranz niederzulegen. Es wird sodann in die Beratung über die vorliegenden Anträge auf Satzänderungen eingetreten.

Zu § 1: »Unter allen Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen des lithographischen Gewerbes und verwandter Berufe wird ein internationales Sekretariat geschaffen«, liegt der Antrag vor, zu setzen: Unter allen anerkannten Landes-Organisationen u. s. w.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Eine längere Debatte zeugt der Antrag, den Kongress statt wie bisher alle zwei Jahre künftig nur alle drei Jahre abzuhalten. Dafür sprechen Tischendörfer-Berlin, Henriksen-Kopenhagen, Barnes-England, Mühlberger-Wien. Dagegen sprechen die französischen Delegierten Pascal-Paris und Courmont-Paris, ferner die englischen Delegierten Palace, Douglas, Harrap, Sproat. Der Antrag wird abgelehnt.

Zu einer langen und lebhaften Debatte giebt Punkt 15 Anlass, der eine Aenderung des § 8 der Satzungen bezweckt und zwar soll darnach das Exekutive-Comité aus 6 Mitgliedern bestehen, die für jede Versammlung, der sie beiwohnen, eine Entschädigung von 2 sh 6 d (Mk. 2,50) und das Fahrgeld dritter Klasse erhalten sollen. Der Antrag wird namens der englischen Delegation von Barnes begründet. Es sei nicht zu verlangen, dass die Mitglieder des Komitees im Dienste der Organisation Zeit und Geld opfern, ohne dafür einen geringen Ersatz zu erhalten.

Für die französische Delegation spricht Pascal, für die deutsche Delegation Borisch gegen den Antrag. Dass die Mitglieder des Komitees eine Entschädigung für ihre Zeiterpfer erhalten, sei nur recht und billig, dagegen könne man nicht verlangen, dass auch die Reisekosten ersetzt werden. Von Borisch wird ein Amendement zu dem Antrag eingebracht, nach welchem die Mitglieder des Exekutive-Comites in derselben Stadt wohnen müssen. Dadurch würde, wie der Antragsteller begründend ausführte, die Aktionsfähigkeit des Komitees ganz erheblich erhöht und ausserdem die zum Teil recht bedeutenden Reisekosten erspart.

Der Präsident und Aleso Palace und Sproat erklären, dass die englische Delegation einer solchen Beschränkung nicht zustimmen könne.

Das Amendement Borisch wird bei der folgenden Abstimmung mit 96 gegen 91 Stimmen angenommen. Ebenso der Antrag Pascal bezüglich der zu gewährenden Entschädigung von 2,50 Mk. für jede Sitzung an die Mitglieder des Komitees. Der Präsident vertagt sodann die Verhandlungen auf Montag und schliesst die Sitzung.

Schluss folgt.

Am Sonntag unternahmen die Delegierten eine Rundfahrt durch Berlin und legten am Denkmal Senefelders einen prachtvollen Kranz nieder, dessen Schleife die Widmung trug: In Verehrung und Dankbarkeit seinem Altmeister Senefelder gewidmet vom IV. internationalen Kongress der Lithographen, Steindruckern und Berufsgenossen.

Korrespondenzen.

(Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Berlin. Am Sonnabend, den 2. 8. hielt die Filiale der Lichtdrucker etc. ihre Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende Kollege Janzen teilt mit, dass Mk. 96,50 auf den Sammellisten für die Witwe des verstorbenen Kollegen Kuhn eingegangen sind. Der Kollege Kuntke bestätigt, dass die Listen revidiert und für richtig befunden wurden. Ferner teilt Kollege Janzen mit, dass jetzt die Protokolle vom ersten Lichtdrucker-Kongress zu haben sind. Da die Versammlung sehr schwach besucht war, wurde vom 2. Punkt, Vortrag, Abstand genommen. Unter Punkt 4 Verschiedenes, fand noch eine längere Diskussion über die Berliner Statistik im Protokoll, statt. Dieselbe hätte ausführlicher sein können. Kollege Janzen wird noch eine Tabelle für alle Städte ausarbeiten. Es wurde sehr bedauert, dass die Firma Gebr. Neinert 1 Gehülfen und 9 Lehrlinge beschäftigt. Es wird an der Beteiligung der Mitglieder liegen, wie zukünftig solchen Zuständen entgegen getreten werden kann. Schluss

der Versammlung um 11 Uhr 10 Minuten.

R. Sch.

Bielefeld. Dass die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle für alle Angelegenheiten unserer Organisation reges Interesse bekunden, bewies wiederum unsere Mitglieder-Versammlung vom 2. August, in welcher der früher in Hannover beschäftigte Kollege Busse einen Vortrag hielt über das Thema: »Wie haben wir uns unsere Neutralität zu denken und wie denkt sich Kollege Tischendörfer dieselbe?« Redner gab in seinem Referat zunächst ein Bild der Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaften, ging auf den Begriff »Neutralität« näher ein, beleuchtete ausführlich die Stellung des Kollegen Tischendörfer zu dieser Frage und kam dann auf das Verhalten desselben den Filialen in Hannover gegenüber, zu sprechen. Es sei hier eines hervorgehoben. Für besonders bedenklich hielt Redner es, dass T. Mitglied des Hauptvorstandes der national-sozialen Partei ist, dies müsse schliesslich auf unsere Gewerkschaft Einfluss ausüben. Sei schon aus diesem Grunde die Entfernung T.'s aus unserem Hauptvorstande wünschenswert, so erst recht wegen seinem Verhalten in Sachen Fettback. In der Diskussion, die sich sehr lebhaft gestaltete, wurde u. a. von einem Kollegen die jetzigen Streitigkeiten bedauert und der gewerkschaftlichen Tätigkeit Tischendörfer's Anerkennung gezollt. Nach weiteren Ausführungen verschiedener Kollegen wurde darauf, der vorgeschrittenen Zeit halber, die Diskussion vertagt und am 9. August fortgesetzt. Schliesslich gelangte, nachdem verschiedene Kollegen für Ausschuss T.'s gesprochen hatten, von anderer Seite jedoch eine genaue Untersuchung der ganzen Sachlage durch eine Konferenz, welche in Hannover stattfinden müsse und wozu speziell auch die in der Angelegenheit beteiligten Kollegen erscheinen müssten, befürwortet worden war, eine Resolution zur Annahme die mit dem dazu gestellten Schluvsatz folgenden Wortlaut hat:

»Die heute am 9. August tagende Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Bielefeld ist der Ansicht, dass in Sachen Hauptvorstand resp. Tischendörfer kontra Verwaltungen in Hannover, es ungerecht sein würde, ohne genaue Untersuchung und Klarstellung der ganzen Sachlage, ein Urteil zu fällen. Um ein solches herbeiführen zu können, hält sie es für angebracht, nach Hannover eine Konferenz einzuberufen, an welcher Mitglieder des Hauptvorstandes, des Ausschusses, der Verwaltungen von Hannover (speziell auch die an der Sache direkt beteiligten Kollegen) sowie der Redakteur der »Graph. Presse« teilzunehmen haben. Das Resultat der Untersuchungen ist in der »Graph. Presse« zu veröffentlichen. Andernfalls ist über den Ausschluss T.'s eine Urabstimmung vorzunehmen, oder demselben der sofortige Austritt aus dem Hauptvorstande anheim zu stellen.

Ausserdem gelangte noch die nachstehende Resolution zur Annahme, in welcher die Mitgliedenschaft ihren Standpunkt zur »Neutralität« klarlegt.

»Die heutige Mitgliederversammlung hält in religiösen und parteipolitischen Fragen eine absolute und ehrlich gemeinte Neutralität für nötig und verurteilt jeglichen Verstoß gegen dieselbe. Sie überlässt es jedem einzelnen Mitgliede, in seiner Eigenschaft als Staatsbürger derjenigen Religionsgemeinschaft oder politischen Partei anzugehören, welche er für die beste hält.

H. M.

Elberfeld. Am 9. Juli fand hier eine kombinierte Mitgliederversammlung mit der Barmer Zahlstelle statt. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten konnte der Hauptpunkt der Tagesordnung »Artikel betr. Koch & Palm«, vorgenommen werden. In kurzen Zügen weist Schreiber des Artikels nach, dass der Durchschnittslohn der älteren Kollegen den hiesigen Verhältnissen nicht voll entspricht, Drohungen mit Entlassungen wegen kleiner Fehler (Steinnummer falsch geschrieben), waren schon früher zu verzeichnen. Die Arbeitszeit beträgt nicht, wie es im Gegenartikel heisst 8 Stunden, sondern in den ersten 5 Tagen 8 $\frac{1}{2}$, und des Samstags 7 $\frac{1}{2}$ Stunden, weil die Vesperzeit durchgearbeitet werden muss. Dass der Wechsel von Kollegen, wie der Gegenartikel besagt, auf die wenigen Vergnügen, die das Wupperthal mit seinen 300000 Einwohnern bietet, zurückzuführen sei, überlässt er dem Urteil der Allgemeinheit. Ein böser Missstand besteht bei den Strafzügen. Wer mehr als 5 Minuten zu spät kommt, kann 1 Stunde Abzug erhalten. Kommt jemand eine Viertelstunde oder darüber zuspät, so soll ihm ausser der Stunde Strafe, auch noch die betr. Zeit in Abzug gebracht werden. Also bei einer Viertelstunde zuspät, 1 $\frac{1}{4}$ Stunde Lohnabzug. Ein anderer misslicher Umstand ist im Sommer die Hitze im Atelier. Letzteres liegt in der 3. Etage und verbindet sich mit der Wärme der unteren Räume die Hitze des Schieferdaches, das dicht über dem Atelier ist. Es bildet sich dadurch eine Atmosphäre, dass bei heissen Tagen man nicht instande ist, eine Viertelstunde munter zu bleiben, am besten beweist dieses die Arbeitszeit die Herr Kuhn, (1. Oberlithograph) einführen wollte, nämlich von 6 bis 2 Uhr Nachmittag, damit wir den trägen Nachmittagsstunden entgegen sollen. Eine Verbesserung genehmigte uns die Firma, da sie jetzt öffentlich in der »Graph. Presse« die 8stündige Arbeitszeit bekannt macht, demnach wir eine ordentliche Frühstück- und Vesperpause haben, welches bis jetzt

nur eine Vergünstigung war, doch bei Anwesenheit von Besuch oder des Herren Chefs nicht benutzt werden sollte. Möge sich das jeder Kollege genau durchlesen, im Falle er einmal nach hier Stellung nehmen sollte. Eine eingegangene Resolution wurde einstimmig angenommen, welche folgendermassen lautet:

»Die heutige kombinierte Versammlung von Elberfeld-Barmen kam nach längerer Diskussion zu dem Resultat, dass der Artikel in No. 29 der »Graph. Presse« vollauf berechtigt war.

Der zweite Abschnitt des Artikels, der vom Vorsitzenden der Barmer Zahlstelle Corinth eigenmächtig hinzugefügt war und mit den Worten beginnt: »Et was voreilig«, wurde von der Elberfelder Verwaltung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen, da sich die Elberfelder Verwaltung noch in keiner Beziehung als zu schwach für die ihr obliegende Arbeit gezeigt hat; Kollege Corinth ohne Berechtigung einen Artikel mit dem Stempel der Barmer Zahlstelle versehen hat, der besagt, dass gar keine Missstände in betreffender Anstalt herrschen. Wären seinerzeit bei Auflösung der Lithographen-Filiale für Elberfeld-Barmen die Lithographen, die in Elberfeld wohnen und befähigt sind, statutgemäss der Elberfelder Zahlstelle zugewiesen worden, so konnte der Artikel für jeden Kollegen passend abgefasst werden, so aber sah sich die hiesige Verwaltung nicht veranlasst, die 12 Kollegen, von denen höchstens 4 in den Versammlungen der Barmer Zahlstelle zu finden sind, zu befragen. Die Elberfelder Zahlstelle verurteilt das Vorgehen des Kollegen Corinth, was eine hierzu gestellte Resolution deutlich zu erkennen giebt, welche ebenso wie die erste, einstimmig angenommen wurde. Ferner verurteilt die Versammlung das Vorgehen des Vorsitzenden Kollegen Corinth von Barmen, der sich ohne weiteres in die örtlichen Angelegenheiten der Elberfelder Zahlstelle gemischt hat, ohne einen triftigen Grund hierfür zu haben. Schluss 1 Uhr.

E. Sch.

Frankfurt a. M. Wie ich aus Ihrem geschätzten Blatte ersehe, bringen Sie ein »Telegramm« aus Frankfurt a. M. in Ihrer letzten Nummer »Differenzen in der Druckerei Grünebaum, Frankfurt a. M.« — Da in der Papierwarenbranche am hiesigen Platz mehrere Firmen dieses Namens bestehen, ersuche ich Sie höflichst, in Ihrem werten Blatte festzustellen, dass sich obige Notiz nicht auf meine Firma Emil Grünebaum bezieht, indem in meiner Anstalt das beste Einvernehmen besteht, ja, mein Personal teilweise schon Jahre lang im Hause beschäftigt ist.

Hochachtungsvoll
Emil Grünebaum.

Frankfurt a. M. (Lichtdrucker). Am 16. August fand hier eine öffentliche Versammlung der Lichtdrucker etc. statt, zu der auch die Chemigraphen eingeladen waren. Es galt, die Sektionsverwaltung der Lichtdrucker zu wählen. Vorher fand eine Vorlegung von Drucken und Photographien hiesiger Anstalten statt, welche die verschiedensten Ausführungen und Formate zeigten. Der Vertrauensmann, Kollege Og. Hoffmann, eröffnete um 9 Uhr die gutbesuchte Versammlung und gab zunächst einen Rückblick über die Entwicklung der Lichtdruckersektion in Frankfurt a. M. bis zu dem Beschlusse, auf Empfehlung der Zentralkommission eine Sektion mit eigener Verwaltung zu bilden. Darauf erfolgte der Agitationsbericht. Zu einem Vorschlag des Hauptvorstandes, die Chemigraphen zu den Lichtdruckern heranzuziehen, verweigerte die Lokalverwaltung ihre Zustimmung. Nachdem sich eine längere Debatte, an welcher sich auch der Gewerkschaftssekretär, Kollege Dorsch, und der Vorstand der Lokalverwaltung beteiligte, für und wider die Sektionsbildung entspann, beschlossen die Kollegen bei ihrem Beschlusse, vom 1. August eine Sektion mit eigener Verwaltung zu bilden, zu bleiben. Gewählt wurde Kollege Og. Hoffmann, Schleiermacherstrasse 15, als Vertrauensmann, derselbe übernimmt vorläufig auch die Kassengeschäfte. Ferner wurden gewählt die Kollegen W. Schmidt als Schriftführer, K. Baltzer und H. Seyd als Revisoren. Die Versammlungen finden monatlich einmal im Gewerkschaftshause statt. Es erfolgte noch eine Diskussion über den 1. Lichtdruckerkongress und über verschiedene technische Angelegenheiten.

Og. Hoffmann.

Frankfurt a. M. Bezugnehmend auf die pressgesetzliche Berichtigung der Firma Rosenlecher u. Liebmann diene folgendes zur Richtigstellung: Die Arbeitszeit wurde erst um 1 $\frac{1}{2}$ Stunde verlängert, angeblich mit gesetzlichen Massnahmen begründet, d. h. die seitherige Frühstück- und Vesperpause wurde von 1 $\frac{1}{2}$ Stunde auf 1 $\frac{1}{2}$ Stunde erhöht, auf Vorstelligung hin wurde uns der Bescheid von Wiesbaden mitgeteilt, dass dies gesetzlich sein müsse der jugendlichen Arbeiter wegen, nebenbei bemerkt, gehören Kinder von 14–16 Jahren überhaupt an keine Maschine; wir waren im Interesse des gegenseitigen guten Einvernehmens damit einverstanden, aber schon am nächsten Tage wurde eine weitere halbe Stunde verlängert, sodass jetzt eine tatsächliche Arbeitszeit von 10 $\frac{1}{2}$ Stunden besteht, inkl. einer 1 $\frac{1}{2}$ stündigen Frühstück- und Vesperpause, dass die weitaus grösste Zahl der Arbeiter mit der Neuerung einverstanden war, ist eine recht kapitalistische Redewendung, wie die ganze Erklärung überhaupt, oder zählen die Chefs die Käufler, Mädchen und die Hausburschen zu der weitaus grössten Anzahl. Der wahre Grund dürfte aber noch ein anderer sein, billigere Kräfte will

